

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)
– Drucksache 17/9421 –

Personelle Ausstattung des LBM Speyer

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/9421 – vom 11. Juni 2019 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Mitarbeiter wurden beim LBM Speyer im zweiten Halbjahr 2018 eingestellt?
2. Wie viele Mitarbeiter haben den LBM Speyer im zweiten Halbjahr 2018 verlassen (bitte aufgliedert nach den Gründen Rente und passive Phase Altersteilzeit/Kündigung/krankheitsbedingt)?
3. Wie viele Mitarbeiter wurden beim LBM Speyer seit Jahresbeginn 2019 eingestellt?
4. Wie viele Mitarbeiter haben den LBM Speyer seit Jahresbeginn 2019 verlassen (bitte aufgliedert nach den Gründen Rente und passive Phase Altersteilzeit/Kündigung/krankheitsbedingt)?
5. Inwiefern sieht die Landesregierung Probleme bei der Personalgewinnung?
6. Inwiefern sieht die Landesregierung Probleme bei der Arbeitsbelastung der Mitarbeiter?
7. Inwiefern wurden geplante Vorhaben aufgrund personeller Engpässe in den Jahren 2018 und 2019 terminlich verschoben?

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 3. Juli 2019 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Es wurden fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt.

Zu Frage 2:

Im zweiten Halbjahr 2018 haben vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den LBM Speyer verlassen. Davon sind drei Abgänge in Altersrente und einer durch Versetzung zu einem anderen Dienstherrn zu verzeichnen.

Zu Frage 3:

Im Zeitraum 1. Januar bis 30. Juni 2019 wurden vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu eingestellt. Drei weitere sind ausgewählt und werden bis zum 1. August 2019 hinzukommen.

Zu Frage 4:

Seit Jahresbeginn 2019 haben acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den LBM Speyer verlassen; davon zwei in Altersrente, zwei in Erwerbsunfähigkeitsrente, einer durch Versetzung zu einem anderen Dienstherrn, einer durch Auslaufen eines befristeten Vertrages, einer durch Abschluss eines Aufhebungsvertrages und einer durch eigene Kündigung des Arbeitsverhältnisses.

Zu Frage 5:

Es wird auf die Antwort zur wortgleichen Frage 7 der Kleinen Anfrage 17/9420 verwiesen.

Zu Frage 6:

Damit die Bundesrepublik Deutschland auch künftig als moderner Industrie- und Dienstleistungsstandort wirtschaftlich erfolgreich ist, hat die Bundesregierung ab dem Jahr 2016 den sogenannten Investitionshochlauf zum Erhalt und zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gestartet. Für den Erhalt, Aus- und Neubau von Straßen, Schienenwegen und Wasserstraßen standen daher in den letzten Jahren erhebliche zusätzliche Mittel zur Verfügung: Bis 2018 erhöhten sich die Bundesmittel für den Bundesfernstraßenbau auf über 7 Milliarden Euro – ein Plus von fast 40 Prozent im Vergleich zu den durchschnittlichen jährlichen Investitionen der Jahre vor 2016.

b. w.

Entsprechend wurden auch in Rheinland-Pfalz die Investitionen für den Erhalt, Aus- und Neubau von Straßen deutlich verstärkt, zumal auch die Landesmittel signifikant erhöht wurden. Aufgrund dieses Investitionshochlaufs und der schwierigen Personalgewinnung sind in einzelnen Bereichen Arbeitsverdichtungen erkennbar.

Zur Umsetzung der signifikant erhöhten Bundes- und Landesmittel für den Straßenbau hat das Land Rheinland-Pfalz seit 2017 mehr als 100 zusätzliche Planstellen für Techniker und Ingenieure bereitgestellt.

Zu Frage 7:

Es wurden keine geplanten Vorhaben verschoben.

In Vertretung:
Daniela Schmitt
Staatssekretärin